

# UBS: Auch FDP geht in Offensive

## Steueraffäre FDP-Leitung für Prüfung von Verantwortlichkeitsklage gegen UBS-Verwaltungsräte

Die FDP legt ihre Zurückhaltung ab. In der Krise um das Bankgeheimnis brauche es «entschiedenes Handeln». Das steht in einem Strategiepapier, das der MZ vorliegt.

HANS-PETER WÄFLER

Die ersten Reaktionen von der FDP-Spitze um Präsident Fulvio Pelli waren verhalten, nach dem UBS-Deal mit den USA und der Herausgabe von mindestens 250 Kundendaten. Eine Haltung, die dem FDP-Wirtschaftsflügel nicht genügt. Eine Gruppe um Philipp Müller, Nationalrat (AG) und Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben, legte der FDP-Parteileitung gestern ein Strategiepapier vor. Die Version, die noch gestern absegnet wurde, geht heute an die FDP-Fraktion. Gefordert wird «entschiedenes Handeln»:

**UBS-VERWALTUNGSRAT:** Die Führungsorgane der UBS hätten sicherstellen müssen, dass Restriktionen im grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr mit den USA eingehalten würden. Da dies nicht geschah, soll die Finanzmarktaufsicht (Finma) «eine zivilrechtliche Verantwortlichkeitsklage gegen den (früheren) Verwaltungsrat der UBS» prüfen. Dies forderten schon Vertreter von SP und CVP.

**US-KUNDEN:** Die Finma müsse der UBS verbieten, 52 000 Namen herauszugeben. Eine zivilgerichtliche Klage in den USA fordert die Herausgabe.

**DIPLOMATIE:** Mit einer Offensive müsse das Verhältnis zu den USA verbessert werden. Am besten mit einem Freihandelsabkommen, das Bestimmungen wie das EU-Zinsbesteuerungsabkommen enthalte.

**EU:** Die Schweiz soll über die Ausweitung der Quellensteuer verhandeln, den automatischen Informationsaustausch aber ablehnen. «Wirtschaftlich motivierte Angriffe» von London und den Kanalinseln auf den Finanzplatz Schweiz seien abzuwehren.

**FINMA:** Die Finanzmarktaufsicht müsse gestärkt werden, durch qualifizierte Mitarbeiter, die zu marktüblichen Konditionen angestellt werden sollten.

**RECHTSSTAAT:** Nötig sei eine Beschleunigung der Verfahren bei Amts- und Rechtshilfe.

Nicht durchgedrungen bei der Parteileitung ist Müller mit dem Ruf nach einer Task-Force (siehe Interview). Diese «existiert bereits: es ist der Bundesrat», heisst es im FDP-Strategiepapier.



## «Die UBS ist nicht die Schweiz»

Nationalrat Philipp Müller ist die treibende Kraft hinter dem FDP-Strategiepapier zur Bewältigung der Krise um das Bankgeheimnis. Gegenüber der MZ nimmt er Stellung.

**Herr Müller, bisher war das Motto der FDP «Ruhe bewahren». Wie haben Sie die Parteileitung von einem offensiven Vorgehen überzeugt?**  
**Philipp Müller:** Der Druck aus dem Ausland nimmt stetig zu. Auf dem Spiel stehen mit dem Finanzplatz 200 000 Arbeitsstellen. Da muss nun entschieden und offensiv gehandelt werden.

**Warum war Ihr Vorstoss nötig?**  
**Müller:** Täglich erleben wir ein Jekami von sich widersprechenden Einzelmassnahmen zur Problemlösung. Also muss ein umfassendes Konzept her. Und die FDP hat das Know-how dazu.

**Ist die FDP sich nun einig, was geschehen soll?**  
**Müller:** Ja! Jetzt muss unser Strategiepapier rasch umgesetzt werden. Alle Parteien sind gefordert, an einem Strick – und zwar in dieselbe Richtung – zu ziehen.

**Steht auch FDP-Präsident Fulvio Pelli dahinter, der im MZ-Montagsinterview vor zu viel Aktivismus warnte?**  
**Müller:** Er steht dahinter. Wir wollen ja keinen Aktivismus, wir wollen eine offensive Strategie.

**Was muss jetzt als Erstes geschehen?**

**Müller:** Eine Task-Force muss alle Massnahmen initiieren und koordinieren. Diese Rolle hatten bisher der Bundesrat, die Finanzmarktaufsicht Finma und die Nationalbank inne. Es muss aber auch externe Finanzspezialisten sowie Spitzen diplomaten eingebunden werden.

**Wie sollte die Schweiz jetzt gegenüber den USA auftreten?**

**Müller:** Nachdem die UBS dort das Spielfeld derart verwüstet hat, stecken wir gehörig im Dreck. Aus einer Position der Schwäche heraus kann man sich schlecht aufplustern. Kenner des amerikanischen Systems, gut vernetzt, müssen dort eine richtiggehende Kommunikationsoffensive starten. Die wichtigste Botschaft muss sein: Die Schweiz ist nicht die UBS und die UBS ist nicht die Schweiz. Das kommt im Ausland zurzeit überhaupt nicht so an.

**Ex-Diplomat Thomas Borer fordert harte Sanktionen gegen die Verantwortlichen in der UBS. Hat er recht?**

**Müller:** Ja, das ist Teil unserer Forderungen.

**Müssen UBS-Präsident Peter Kurer und CEO Marcel Rohner zurücktreten?**

**Müller:** Die Bank hat vor Ort Steuerbetrüger aktiv unterstützt und damit sowohl strafrechtlich US-Recht als

auch bankenrechtlich Schweizer Recht gebrochen. Wir fordern daher, dass solche bankenrechtlich relevanten Verletzungen verfolgt und dass eine zivilrechtliche Verantwortlichkeitsklage gegen die involvierten Verwaltungsräte der UBS geprüft werden soll. Die aktuelle Führung kann man in einer solchen Situation erst dann auswechseln, wenn man eine gute Nachfolge hat.

**Wie gross ist der Schaden für den Finanzplatz Schweiz wegen der Krise um das Bankgeheimnis und des Fehlverhaltens der UBS in den USA?**

**Müller:** Sehr gross. Dahinter steckt aber auch ein Kampf der Finanzplätze London und New York, welche existenzielle Schwierigkeiten haben. Und da versucht gerade London mit allen Haken und Ösen gegen andere Konkurrenten vorzugehen.

**Die FDP steht traditionell dem Finanzplatz nahe. Wie gross ist in Ihrer Partei der Ärger über die UBS?**

**Müller:** Die Verärgerung ist riesig. Das gilt namentlich für die Grossmannschaft des früheren Verwaltungsrats der UBS, dessen Strategie sich im Amerikageschäft zunehmend als riesiges Fiasko erweist. Ich bin überaus zornig. Da bringen es ein paar Banker fertig, mit einem Schlag die Reputation eines ganzen Landes in den Dreck zu schmeissen. Damit zerstören sie das Bild des selbst erarbeiteten Wohlstandes. (WAF)

### Im Gespräch



**KRIEGERISCHE WORTE**  
«Wir sind in einem Wirtschaftskrieg.» Mit dieser drastischen Aussage umschrieb Eugen Haltner, der Chef der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht, gestern in der SF-Diskussionsendung «Club» die Situation, in der sich die Schweiz in der Auseinandersetzung um das Bankgeheimnis befindet. Machtblöcke würden versuchen, ihre Interessen durchzusetzen. Die Schweiz sei ein danbares Opfer, sagte Haltner weiter.



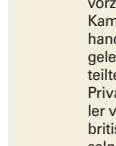
**HARTE KONSEQUENZEN**  
fordert Schwissmem-Präsident Johann Schneider-Ammann nach den Vorgängen bei der UBS. Alles was ungesetzlich offensichtlich aus stattgefunden habe, gehöre blitzartig ausgeräumt, sagte der Maschinenindustrielle und Berner FDP-Nationalrat im «Rendez-vous» von Radio DRS vom Dienstag. Wer Betrug ermöglichte, toleriere oder um den Betrug gewusst habe, müsse die Verantwortung übernehmen und gehöre ersetzt oder gar bestraft. Zu Steuerreit und Bankgeheimnis stellte der Präsident von Schwissmem fest: «Hinterziehung ist für mich mittlerweile kein Kavaliärsdelikt mehr, wenn es je eines gewesen wäre. Hier müssen wir selbst im Land aufräumen und Ordnung schaffen, damit wir die internationale Anerkennung wieder erkämpfen können.»



**UBS-EHRENPRÄSIDENT**  
Niklaus Senn glaubt weiterhin an die Bank: Senn hat beim Kurs von 10 Franken Aktien der Bank gekauft. Dies sagte der ehemalige Topmanager und Verwaltungsratspräsident des UBS-Vorgängerinstituts Bankgesellschaft in der Sendung «Echo der Zeit» von Schweizer Radio DRS.



**DEN SPIESS UMDREHEN**  
will der Präsident der Vereinigung Schweizer Privatbankiers, Konrad Hummler. Er hat die Politiker aufgefordert, bei der Debatte über das Bankgeheimnis gegen die falsche Moralität der Absender vorzugehen. Beim politischen Kampf um das Bankgeheimnis handle es sich um ein gross angelegtes Ablenkungsmanöver, teilte der Teilhaber der St. Galler Privatbank Wegelin mit. Hummler verwies auf die Trusts auf den britischen Kanal- und Karibikinseln sowie auf die «sumpfigen» Verhältnisse der US-Finanzplätze Delaware und Florida, die es auszutrocknen gelte. «Die Schweiz darf auch in Europa nicht zum Sündenbock gemacht werden», forderte der Privatbankier. Am G-20-Gipfel, von dem man die Schweiz ausgeschlossen habe, müssten die Teilnehmer auch Rechenschaft ablegen über die Rolle des italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, über Zahlungsmoralitäten im deutschen Schwarzmarkt und die Verwendung der Kokain-Gelder in den USA.



**DIE AUFGABE DES** Bankgeheimnisses hätte für die Schweiz schwerwiegende Folgen. Der Genfer Privatbankier Ivan Pictet rechnet damit, dass sich die Wertschöpfung des Finanzsektors um die Hälfte reduzieren würde. «Anstelle von rund 12 Prozent wird der Finanzplatz dann noch 6 bis 7 Prozent beisteuern», sagt der Teilhaber der Privatbank Pictet im Interview mit «Le Temps». (AP/MZ)

## «Entzieht ihm das Dossier»

### SP-Präsident Heftige Attacke gegen Merz

Christian Levrat packte gestern vor den Medien in Bern den verbalen Zweihänder aus. Die Opfer des SP-Parteipräsidenten: Finanzminister Merz und die UBS-Führungsriege. Der Bundespräsident sei mit seiner Strategie in Sachen UBS und Bankgeheimnis in allen Punkten gescheitert, sagte Levrat: «Ich rufe den Bundesrat dazu auf, ihm das Dossier zu entziehen.» Merz habe keine Kraft, Entscheide zu fällen.

Auch mit Blick auf die UBS wurde Levrat deutlich. Es drohe ein Grounding, deswegen müsse die alte Führungsriege nun gehen. Er sei überzeugt, dass der Platz der Herren Kurer, Ospel und Rohner «hinter Gittern» sei und nicht der an der Spitze der grössten Schweizer Bank.

Die Attacken zeigen, wie unzufrieden die SP vor allem mit der Politik des Bundesrats ist. Gestern forderte die Partei die Einsetzung einer Task-Force und eine radikale Umkehr der Strategie im Bezug auf das Bankgeheimnis. Sie verlangt, dass die Unterscheidung zwischen Steuerrückziehung und Steuerbetrag aufgegeben wird. Die Schweiz solle die Abkehr vom traditionellen Bankgeheimnis so rasch wie möglich beschliessen und dies auf internationaler Ebene offensiv kommunizieren, bestenfalls noch vor dem G-20-Gipfel im April. Die SP will zudem, dass sich die Schweiz aktiv am Kampf gegen Steuererosen beteiligt und dass Amtshilfeverfahren beschleunigt werden. (BRE)

## Jetzt reagiert Politik

### USA - UBS Task-Force wird immer wahrscheinlicher

**Bundesrätin Widmer-Schlumpf besucht den US-Justizminister, und in Bern zeichnet sich ein Konsens zur Einsetzung einer Task-Force ab.**

Überraschend gab das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) gestern bekannt, dass Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf am Montag nach Washington reise. Eingeladen habe der US-Justizminister Eric Holder bereits vor einigen Wochen, hiess es. Der «Themenkomplex UBS» werde neben anderen Fragen ein behandelt.

Ein US-Bundesbezirksrichter hatte der UBS am Vorabend in Miami eine Verschnaufpause gewährt. Die Zivilklage der US-Steuerbehörde IRS zur Herausgabe von 52 000 weiteren Kundennamen wird entgegen den ur-

sprünglichen Absichten der IRS nicht im Schnellverfahren erledigt. Im Einverständnis mit dem US-Justizministerium wird eine weitere Anhörung am 13. Juli stattfinden, falls sich die Parteien bis dahin nicht geeinigt haben.

**UBS-Aktie auf Fr. 9.85.**

Die UBS-Aktie fiel an der Börse erstmals unter die Marke von zehn Franken und schloss nach einem neuen Allzeittief von Fr. 9.35 auf Fr. 9.85. Auf politischer Ebene in Bern verstärkte sich gestern der Ruf nach einer Task-Force, die sich der Probleme um UBS und Bankgeheimnis annehmen soll. Gegen die Spitzen von UBS und Finanzmarktaufsicht wurden neue Strafanzeigen von Anwälten betroffener UBS-Kunden wegen Verletzung des Bankgeheimnisses eingereicht. (AP)

